



Teilprojekt B13

Adaption und Legitimation als Erklärungsfaktoren der Effektivität von Governance in China, 1949 bis 1957

1 Projektleitung

Prof. Dr. Klaus Mühlhahn

Freie Universität Berlin
Ostasiatische Seminar, Sinologie
Ehrenbergstr. 26-28
14195 Berlin

2 Zusammenfassung

Das Projekt untersucht, wie es der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) zwischen 1949 und 1957 gelang, ihre Herrschaft zu konsolidieren, die vorhandenen Räume begrenzter Staatlichkeit zu verringern und auf lokaler Ebene effektiv zu regieren. Die entstehenden Konstellationen von Governance wollen wir durch empirische Fallstudien untersuchen: Im Mittelpunkt stehen dabei die Herstellung konsensualer Wissensbestände zur Legitimation der Herrschaft der KPCh (was von den Zeitgenossen „Propaganda“ genannt wurde), die Mobilisierung der Bevölkerung (insbesondere durch Kampagnen gegen „soziale Übel“ wie Drogen, Prostitution und Glücksspiel) sowie soziale Reorganisation auf lokaler Ebene (vor allem durch Arbeitseinheiten und Einwohnerkomitees). Zu jedem der drei Bereiche führen wir Analysen in den zwei nordchinesischen Städten Qingdao und Tianjin durch, so dass sich insgesamt sechs Fallstudien ergeben. Mittels eines anschließenden Vergleichs der Ergebnisse aus den beiden Städten wollen wir erstens den Grad der lokalen Varianz des institutionellen Designs von Governance-Konstellationen bestimmen und zweitens die Rolle der Legitimation untersuchen.

Aufbauend auf unseren Ergebnissen aus der ersten Förderperiode (das Projekt wird seit 2012 gefördert), die sich empirisch mit der Versorgung und Kontrolle inländischer Flüchtlinge in Tianjin und Qingdao befasst hat, weiten wir unseren thematischen Fokus aus. Wir behalten jedoch die Untersuchungsräume bei und konzentrieren den zeitlichen Fokus, indem wir uns auf die ersten Jahre der Volksrepublik (VR) China von 1949 bis 1957 beschränken. Damit konzentrieren wir uns – nach der Untersuchung eines kleineren, konkreten Bereichs in der ersten Förderperiode – in der kommenden Periode auf die Beschreibung und Analyse jener übergeordneten Entwicklungen, die sich knapp als die Konsolidierung der Herrschaft der KPCh unter den Bedingungen fortdauernd begrenzter Staatlichkeit in der frühen VR China beschreiben lassen.

Das Projekt zielt somit zusammenfassend auf den empirischen und systematischen Nachweis von bislang nur im Einzelfall untersuchten Formen der Anpassungsfähigkeit von Governance in der frühen VR China ab. Wir vermuten, dass sowohl die Flexibilität des institutionellen Designs von Governance als auch die Herstellung empirischer Legitimität zentral für den Erfolg der KPCh in der Konsolidierung ihrer Herrschaft waren. Damit trägt das Teilprojekt direkt zur systematischen Überprüfung der Leithypothesen des SFB 700 hinsichtlich Effektivität und Legitimität von Governance bei.

3 Bisherige Entwicklung des Teilprojekts & Ergebnisse

3.1 Bericht und Stand der Forschung

Ergebnisbericht

Das Projekt untersuchte in seiner ersten Förderperiode seit 2012 die Formen legitimen Regierens im Umgang mit inländischen Flüchtlings- und Migrationsbewegungen in den beiden nordchinesischen Städten Tianjin und Qingdao in den Jahren zwischen 1945 und 1957. Der grundlegende Wandel von Governance-Konstellationen wurde im Teilprojekt anhand spezifischer Institutionen zur Katastrophenhilfe sowie zur Versorgung und Kontrolle der Flüchtlinge verfolgt und analysiert.

Die bisherige Auswertung der im ersten Jahr (2012) gesammelten Archivquellen belegt sowohl das Ausmaß der Flüchtlingskrise als auch die damit für die Regierungen in China und die involvierten internationalen Organisationen verbundenen Anforderungen hinsichtlich der Erbringung öffentlicher Güter in Form von Hilfeleistungen. Wenngleich die Auswertung der Quellen aufgrund der kurzen bisherigen Projektlaufzeit von ca. 15 Monaten noch nicht abgeschlossen ist, zeigen sich bereits jetzt deutlich die Unterschiede in den Governance-Konstellationen der verschiedenen chinesischen Regierungen. Zwar deuteten sowohl die nationalistische Partei (Guomindang, GMD) bis 1949 als auch die KPCh ab 1949 die große Zahl von Flüchtlingen in den Städten als schwerwiegendes soziales Sicherheitsproblem, das die gesellschaftliche Stabilität und die politische Legitimität zu untergraben drohte. Beide betonten die Dringlichkeit des Problems sowie die Notwendigkeit einer effektiven Versorgung. Dennoch wurden sehr verschiedene Lösungen angestrebt. Die GMD begnügte sich weitgehend mit einer Planung und Lenkung der Hilfsmaßnahmen durch städtische Behörden, während sie die konkrete Ausführung – etwa den Betrieb von Suppenküchen – an nichtstaatliche Wohlfahrtsorganisationen übertrug. Wenngleich in diesem Rahmen auch Programme zur Berufsbildung und Selbsthilfe angeboten wurden, lag der Schwerpunkt doch auf der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge in Lagern und provisorischen Hützensiedlungen. Die Beschränkung auf solche Maßnahmen war nur zum Teil der durch den Zweiten Weltkrieg und den andauernden Bürgerkrieg verursachten Notlage geschuldet. Mindestens ebenso wichtig war eine im Vergleich zur KPCh auf Kooperation mit lokalen Akteuren zielende Politik, die keine radikale Änderung der Verhältnisse vor Ort anstrebte.

Für die KPCh jedoch wurde insbesondere ab 1949 die Umsiedlung – oder besser Rücksiedlung – das Mittel der Wahl zur Lösung des Flüchtlingsproblems. Sichtbarstes Zeichen dieser Politik war die 1950 erlassene Bestimmung, dass jeder Notleidende nur bei den Behörden seines Heimatortes soziale Unterstützung beantragen dürfe. Da die allermeisten Flüchtlinge vom Land in die Städte gekommen waren, zielte diese Politik auf eine Entlastung der städtischen Infrastruktur und eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion ab, aus der letztlich die Industrialisierung Chinas finanziert werden sollte. Dieser Umschwung schlägt sich ab 1949 auch in einer geänderten Semantik nieder. „Flüchtlinge“ (nanmin oder nanbao), wie unter der GMD, verschwinden aus den Quellen. An ihre Stelle treten generell verarmte Menschen, die jedoch entlang der Klassenbegriffe in Arbeiter, Bauern, Kleinbürger, Kapitalisten und Grundbesitzer eingeteilt werden. Die ersten drei sollten möglichst rasch „an ihren (ländlichen) Heimatort zurückkehren und produzieren“ (huixiang shengchan), während die beiden Letztgenannten von aller Hilfe ausgeschlossen waren. Jene, die sich weigerten, die Städte zu verlassen, wurden Ziel immer heftigerer Maßnahmen der „Motivierung“ (dongyuan), also Heimsuchungen durch Kader. In diesem Governance-Ansatz spielt staatliche Intervention und Leitung eine zentrale Rolle. Dies korrespondiert damit, dass beinahe der gesamte Wohlfahrtsbereich verstaatlicht werden sollte, auch wenn zunächst aufgrund fehlender staatlicher Infrastruktur eine Umsetzung dieser Pläne schwierig war (siehe Mühlhahn 2011a).

Neben diesem diachronen Vergleich der Regime zwischen 1945 und 1949 sowie von 1949 bis 1957 verglich das Projekt jedoch auch räumlich die beiden Städte Qingdao und Tianjin. Dabei wurde deutlich, dass zum einen die Maßnahmen der Flüchtlingspolitik nach 1949 in Tianjin sehr viel experimenteller waren als in Qingdao. Dies lag daran, dass Tianjin bereits ein halbes Jahr früher als Qingdao von den Kommunisten erobert worden war, so dass bei der Einnahme Qingdaos bereits Erfahrungen vorlagen und Standards etabliert waren. Hinzu kam, dass die Zahl privater Hilfsorganisationen in Tianjin wegen der Größe der Stadt und ihrer längeren Geschichte (Qingdao war erst durch die deutsche Kolonisierung ab 1897 zur Großstadt geworden) deutlich größer war, was den Prozess der Verstaatlichung der Flüchtlingshilfe erschwerte.

Dass China während des gesamten Untersuchungszeitraums (also mindestens bis 1957) ein Raum begrenzter Staatlichkeit war, hat unsere bisherige Arbeit klar bestätigt. Die japanische Okkupation im Zweiten Weltkrieg und der sich anschließende Bürgerkrieg hatten insgesamt zu einer dramatischen Reduzierung staatlicher Regierungs- und Regelungskapazitäten geführt. Diese waren zudem bis in die 1940er Jahre hinein durch die Reste halbkolonialer Fremdherrschaft eingeschränkt. Im Bereich der Versorgung von Flüchtlingen übernahmen deshalb häufig private Organisationen einen Großteil der Aufgaben (siehe Mühlhahn 2013b). Dies veränderte sich nach 1949 zunächst nur langsam, was wir in der kommenden Förderperiode auch jenseits der Versorgung von Flüchtlingen zeigen wollen. 1949 waren staatliche Organe in vielen Bereichen schlicht handlungsunfähig und auf die Kooperation mit privaten Akteuren sowie den Beamten und anderen Funktionsträgern der „alten“ Gesellschaft und Regierung angewiesen.

Stand der Forschung

Das Teilprojekt nimmt auf zwei Forschungsfelder Bezug. Auf der übergeordneten Ebene handelt es sich um Arbeiten zur Konsolidierung und zum Erhalt der Herrschaft der KPCh nach 1949. Auf der konkreteren Ebene der Fallstudien nehmen wir Bezug auf Forschungsarbeiten zur sozi-

alistischen Umgestaltung beziehungsweise den konkreten Methoden des Regierens auf lokaler Ebene seit 1949.

Konsolidierung und Erhalt der Herrschaft der KPCh

Die Frage nach den Gründen für die erfolgreiche und rasche Herrschaftskonsolidierung durch die KPCh ist in der Literatur schon seit den 1950er Jahren immer wieder gestellt worden. Eine befriedigende Antwort hat sich bis heute nicht gefunden. Wenngleich das Totalitarismus-Paradigma weitgehend überholt erscheint (Geyer/Fitzpatrick 2009: 3-13; Shue 1988: 9-25), nutzen KP-kritische Stimmen es teils bis heute und beschreiben damit mehr als sie erklären (Dikötter 2010; Guo 2012: 14-15). Dagegen verweist die marxistische Geschichtsschreibung in der VR China vor allem auf die erfolgreiche Erbringung von Governance-Leistungen wie Sicherung der materiellen Grundversorgung, Herstellung sozialer Gerechtigkeit, Bildung und nationale Einheit (Li 2002; Ma 1993; Yu 2010). Die Frage ist aber gerade, was diese Erfolge ermöglichte. Diese Frage stellt sich umso mehr, als die neuere Forschung allgemein Gemeinsamkeiten zwischen der KPCh und der nationalistischen Vorgängerpartei, der GMD (beides leninistische Kaderparteien) betont (Frazier 2002; Glosser 2003; Lü/Perry 1997; Strauss 2007: 1). Unsere bisherigen Forschungen haben das weitgehend bestätigt. Die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Regimen bestehen z. B. in der weitreichenden Organisation der Gesellschaft bis auf die Ebene von Häuserblocks, staatlicher Planwirtschaft, Einsatz moderner Propaganda, Mobilisierung, Ideologisierung, Verfolgung politischer Gegner und staatliche Wohlfahrtsinstitutionen (Glosser 2003: 195; Zheng 2010: 64). Somit bleibt der Befund unterschiedlicher Effektivität von Governance bei ähnlichen Voraussetzungen und Zielen der beiden Regime das große Explanandum des Teilprojekts für die dritte Förderperiode des SFB 700. Bisherige Erklärungen für den unbestreitbaren Konsolidierungs- und Mobilisierungserfolg der KPCh schwanken dabei zwischen Output- und Input-Legitimität sowie Pragmatismus der KPCh einerseits und Repression und Propaganda andererseits (Strauss 2002: 81).

Eine besondere Herausforderung für das Projekt stellt die enge Verwobenheit von Staat und Partei dar, so dass manche Historiker Staat und Partei für jene Zeit regelrecht als Synonyme betrachten (Shambaugh 2000: 11). Da dies in analytischer Hinsicht nicht befriedigen kann, müssen wir eine Antwort auf die Frage finden, inwieweit in unserem Untersuchungszeitraum durch die Flexibilität von Governance sowie durch die untersuchten Herrschaftstechniken tatsächlich eine Konsolidierung von Staatlichkeit auftrat oder nur die KPCh ihre Herrschaft konsolidieren konnte, ob im Gewand des Staates oder in Opposition zu diesem. Um ein Land von der Größe Chinas zu regieren, mussten die Kader auf die existierenden staatlichen Organe – und das entsprechende Personal – zurückgreifen und diesen größere Effektivität verleihen (Lee 1991: 48-49; Shambaugh 1997; Zheng 1997: 47-49). Zahlreiche Kampagnen der 1950er Jahre zielten deshalb auf zwei Dinge ab, die das ambivalente Verhältnis Mao Zedongs und seiner Anhänger zum Staat charakterisieren: Einerseits sollten Bürokratismus, Korruption und andere vermeintliche Kennzeichen des alten Regimes im neuen Staat bekämpft werden, der interventionistischer und effektiver werden sollte; andererseits ging es darum zu verhindern, dass die Partei selbst vom Staat absorbiert würde, der in seiner bestehenden Form als Quelle schlechten Einflusses *eo ipso* galt (Zheng 1997: 47-49).

Sozialistische Umgestaltung

In unserer Lesart der Quellen stellte sich das Propaganda-System der KPCh, durch das die „sozialistische Transformation“ von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft vorangetrieben wurde, als ein zentrales Instrument der Herrschaftskonsolidierung der Partei dar. Im weiteren Sinne geht es hier um die Mobilisierung durch Schaffung neuer sozialer Organisationsformen auf der lokalen Ebene und konsensualer Wissensbestände in der breiten Bevölkerung, eben durch die damals (und in China bis heute) so bezeichnete Propaganda (*xuanchuan*). So zeigt Anne-Marie Brady (2008:70-77), wie flexibel die KPCh im Verlauf der Jahrzehnte ihrer Herrschaft ihr Propaganda-System immer wieder neu an die sich ändernde Umwelt anpasste. Wir gehen mit Blick auf die kommende Förderperiode davon aus, dass die mediale Vermittlung der Ziele des Regierens als instrumentelle Rechtfertigung eine große Rolle für die Legitimität des neuen Staates spielte. Auch die in der zweiten Förderperiode insbesondere von den historischen Projekten herausgearbeitete identitäre Legitimität (*Rahmenantrag B.2.3*) war für die KPCh wichtig – aber eben, wie alle Formen der Legitimität jenseits lokaler *face-to-face* Gesellschaften, vor allem in ihrer medial vermittelten Form.

Die Mobilisierung der Bevölkerung durch Kampagnen (z. B. gegen Bürokratismus) spielte in der maoistischen Phase (von 1949 bis 1976) ebenfalls eine zentrale Rolle für die sozialistische Umgestaltung. Vor allem in den 1950er Jahren wechselten große, landesweite Kampagnen einander in rascher Folge ab. Sie wurden bislang insbesondere hinsichtlich ihrer repressiven Aspekte analysiert (Manning/Wemheuer 2011; Thaxton 2008; Wang 2002; Yang 2008). Auf die konstruktive Rolle dagegen, die sie gleichzeitig für die Mobilisierung der Gesellschaft und das *state-building* spielten, hat am deutlichsten Julia C. Strauss (2002) hingewiesen. Andere Kampagnen, wie jene zur Einführung des staatlichen Getreidemonopols 1953, wurden möglichst unauffällig – durch Kader, die von Haus zu Haus gingen, und ohne Medienberichterstattung – durchgeführt, um Panik zu vermeiden (Brown 2012: 35).

Das Beispiel der Anti-Drogen-Kampagne verdeutlicht, wie eng die verschiedenen Governance-Techniken miteinander verzahnt waren. So hat R. Bin Wong (2000) betont, dass die Bekämpfung von Drogen eine wichtige Rolle für die generelle Etablierung sozialer Kontrolle in den chinesischen Städten spielte. Für die These vom *state-building* durch Kampagnen spricht auch die Untersuchung von Chang-Tai Hung (2010: 417) über die Kampagne gegen die religiöse Einigkeits-Sekte (*yiguandao*), die bereits 1949 begann. Die Kampagne habe vor allem dazu gedient, den Machtanspruch der Kommunisten zu festigen, die Bevölkerung an diese neue Technik zu gewöhnen und selbst Erfahrungen damit zu sammeln. Das neue Gefühl (oder die Illusion), selbst in die Politik einzugreifen, habe der KPCh viele begeisterte Anhänger zugetragen, und sie habe geholfen, eine neue „Kultur der Überwachung und des Misstrauens“ zu etablieren.

In den frühen 1950er Jahren führte die kommunistische Regierung zudem zwei lokale Institutionen ein, in die jeder Bürger alternativ eingebunden werden sollte: Materielle Versorgung, Arbeit, kulturelles Leben sowie politische und soziale Teilhabe wurden entweder durch die Arbeitseinheit (*danwei*) oder das Einwohnerkomitee (*jumin weiyuanhui*) bestimmt (Heberer/Schubert 2008: 54). Letzteres war dem Straßenbüro (*jiedao banshichu*) untergeordnet, dem Arbeitslose, Rentner, Hausfrauen und generell die Familien von Arbeitern und Angestellten zugeordnet

wurden (Heberer/Schubert 2008: 52-54). Anfangs vor allem von besser ausgebildeten Handwerkern dominiert, wurde die *danwei* nach 1949 zur Organisationsform der großen Mehrheit der Bevölkerung (Frazier 2002; Lieberthal 1995: 158-159; Perry 1997). Die *danwei* war nicht nur die kleinste ökonomische Einheit innerhalb der neuen Planwirtschaft, sondern zugleich eine politische Einheit, durch die die Bevölkerung für Kampagnen, Kritik-Versammlungen und die Überwachung suspekter Mitbürger mobilisiert werden konnte. Während der repressive und überwachende Charakter des *danwei*-Systems wiederholt festgestellt worden ist (Cheng/Selden 1997), hat es bislang unseres Wissens nach nur ein Autor unternommen, hier eine direkte Verbindung zum *face-to-face*-Charakter einer solchen Institution herzustellen: Martin King Whyte (1974) untersuchte die *small groups (xiaozu)* unterhalb der *danwei*-Ebene. Whyte zeigt, dass in diesen Gruppen und ihren „politischen Ritualen“ durch personalisiertes Vertrauen sowohl soziale Integration als auch soziale Kontrolle gefördert wurden. Die gegenseitige Kritik nicht korrekter Standpunkte bewirkte jedoch teilweise auch das Gegenteil, schürte Misstrauen und machte damit das Vertrauen der *face-to-face*-Gesellschaft zum schwer erreichbaren, ständig gefährdeten Ideal (Whyte 1974: 230-231).

Deutlich weniger ist über die Einwohnerkomitees geforscht worden. Da die meisten Bürger bereits durch eine *danwei* erfasst wurden, waren diese Komitees (meist für 300 bis 400 Haushalte zuständig) weniger bedeutsam (Heberer/Schubert 2008: 52-54; Schurmann 1966: 374-376; Whyte/Parish 1984: Kap. 1 und 2). Dennoch delegierte der Staat auch an sie, wie an die *danwei*, zahlreiche hoheitliche Aufgaben im Bereich öffentlicher Sicherheit und Wohlfahrt (Dutton 2005: 166-167; Vogel 1971: 85-88).

Aus den Quellen- und Literaturstudien der ersten Projektphase ergibt sich – trotz des breiten Forschungsstandes im Hinblick auf die *danwei* – ein Desiderat für die nächste Förderperiode: Niemand hat es bislang unternommen, die lokale Varianz der *danwei* in China komparativ zu untersuchen, geschweige denn deren flexibles institutionelles Design als Ursache für die Effektivität des Regierens in den Blick zu nehmen. Dasselbe gilt in noch weit größerem Maße für die Einwohnerkomitees und deren lokale Varianz.

4 Planung des Teilprojekts

4.1 Forschungsziele und Leitfragen

Im Mittelpunkt unseres Projektes steht die Frage, wie es der Kommunistischen Partei Chinas zwischen 1949 und 1957 gelang, ihre Herrschaft unter den weiterhin bestehenden Bedingungen begrenzter Staatlichkeit zu konsolidieren und zu legitimieren sowie eine neue Gesellschaftsordnung zu etablieren und auf der untersten städtischen Verwaltungsebene mit minimalen personellen und materiellen Ressourcen effektiv zu regieren. Dieses vermeintliche Paradoxon kennzeichnet ja in gewissem Sinne bis heute die Volksrepublik China, deren Staatlichkeit in vielen Bereichen nach wie vor als schwach bezeichnet werden kann, während die Herrschaft der KPCh weitgehend gesichert erscheint. Wir zielen darauf ab, den Erfolg der KPCh gerade nicht mit der vermeintlich totalitären Durchdringung und Gleichschaltung der chinesischen Gesellschaft zu erklären, sondern stellen auf die *longue durée* des Governance-Wissens der chine-

sischen Kommunisten ab, deren Traditionslinien sich sogar bis in die späte Kaiserzeit (von 1860 bis 1911) zurückverfolgen lassen (Chung 2011: 297). Kernidee ist die flexible Anpassung an vor Ort bestehende Governance-Konstellationen, insbesondere auf dem Wege des lokalen Experiments. Damit wollen wir auch zur Klärung der Annahme beitragen, dass es flexibler Governance-Konstellationen umso mehr bedarf, je begrenzter die Staatlichkeit ist (Rahmenantrag C.1.1).

Durch den Vergleich der Konsolidierungsprozesse von Herrschaft in den beiden Städten Tianjin und Qingdao während der ersten neun Jahre der VR China wollen wir untersuchen, welche unterschiedlichen Governance-Konstellationen sich hier jeweils ergaben und wie sich die neuen Herrscher daran anpassten beziehungsweise diese nutzten. Genauer wollen wir erforschen, welche Rolle Flexibilität und Legitimation für effektive Governance spielen. Damit fügt sich das Teilprojekt in das Forschungsprogramm des SFB 700 ein, das davon ausgeht, dass Legitimität einerseits eine notwendige Voraussetzung für Effektivität von Governance ist, während sich beide andererseits in einem Wechselverhältnis befinden, auf dessen präziseres Verständnis wir abzielen (Rahmenantrag C.1). Im Vergleich zur ersten Projektphase, in der wir der Frage nachgingen, wie die unterschiedlichen kolonialen bzw. semi-kolonialen Vorgeschichten der beiden Städte zur Ausprägung unterschiedlicher Governance-Muster nach 1945 führten, drehen wir jetzt also die Perspektive und fragen, wie die KPCh auf diese unterschiedlichen Ausgangsbedingungen reagierte, wie sie ihren Regierungsstil den Gegebenheiten anpasste, und wie sie ihre eigene Legitimität zu forcieren suchte.

Wir gehen also davon aus – und das ist unsere erste These – dass das flexible institutionelle Design der Governance durch die KPCh für die Effektivität des Regierens eine zentrale Rolle spielte (Rahmenantrag C.1.1). Unsere zweite These ist, dass diese Effektivität erreicht wurde, weil die KPCh in erheblichem Umfang Legitimität generieren konnte (Rahmenantrag C.1.2). Daraus folgt unsere nächste Frage, nämlich wie die Erzeugung von Legitimität durch die KPCh (im Unterschied zur GMD) zu erklären ist.

Hierauf antwortet unsere dritte These, der zufolge die Generierung von Legitimität insbesondere durch die Schaffung von *face-to-face* Gesellschaften (Arbeitseinheiten und Einwohnerkomitees) zu erklären ist. In diesen konnte jedoch nicht allein die Governance-Ressource personalisiertes Vertrauen evozieren, sondern zugleich auch gegenteilige Affekte wie Misstrauen und Angst, die als repressive soziale Techniken mindestens ebenso effektive Governance-Ressourcen für die KPCh werden sollten. Es handelte sich bei den Arbeitseinheiten und Einwohnerkomitees eben nicht um bereits bestehende lokale Gemeinschaften, deren Mitglieder einander a priori vertraut hätten. Dies hätte es der KPCh als externem Akteur erschwert, Governance-Leistungen zu erbringen. Stattdessen waren dies Neuschaffungen, die ganz auf die neuen Herrscher bezogen blieben. Dies erleichterte der KPCh das diskursive *framing* zur Steigerung des Legitimitätsglaubens der Betroffenen: In den Arbeitseinheiten und Einwohnerkomitees wurde der von Mitchell (1999) beschriebene *state effect* – der Eindruck der Existenz einer staatlichen Struktur unabhängig von ihren Trägern und in Abgrenzung zur Gesellschaft – geschaffen. Einzelne Mitglieder der *face-to-face* Gesellschaften wurden zu Funktionsträgern des neuen Staates ernannt, betonten durch ihr Reden und Handeln die Bedeutung des zunächst schwachen Staates und trugen diesen dadurch erst in die lokalen Gemeinschaften (Hershatter 2011: 9). So konnte erreicht werden, dass die Effektivität und Legitimität von Governance vor Ort der Konsolidierung

des Staates zugutekam (Rahmenantrag C.2.1). Die Legitimität der Governance-Konstellationen speiste sich also aus unterschiedlichen Quellen, deren Zusammenspiel und Verhältnis zueinander wir untersuchen.

Im Folgenden werden die konkreten Forschungsziele und Leitfragen jeweils für die Fallstudien-Bereiche (Herstellung von konsensualen Wissensbeständen/Propaganda, Mobilisierung und soziale Reorganisation) ausgeführt:

Herstellung konsensualer Wissensbestände

Während wir uns in der ersten Förderperiode des Teilprojekts schwerpunktmäßig mit der Erbringung von materiellen Hilfeleistungen für inländische Flüchtlinge als Quelle von Output-Legitimität befasst und die Herstellung konsensualer Wissensbestände (Propaganda) nur am Rande behandelt haben, soll diese als Technik der Legitimierung in der kommenden Förderperiode stärker ins Zentrum rücken und systematischer untersucht werden (Input-Legitimität). Dabei wollen wir für die konkrete Analyse Bereiche der Propaganda nutzen, die – im Gegensatz zu Zeitungen, Postern und Filmen – bislang weniger untersucht worden sind: Paraden, Umzüge und mobile Theatertruppen. Diese untersuchen wir in Tianjin und Qingdao hinsichtlich ihres Beitrags zur Legitimierung der KPCh und gleichzeitig komparativ hinsichtlich ihrer eventuell lokal bedingten Unterschiede. Dabei können wir uns auf eine breite Überlieferung in Fotografien, Zeitungsberichten und Akten insbesondere in den Stadtarchiven in Qingdao und Tianjin stützen.

Innerhalb des Propaganda-Systems hatte die *danwei* oder Arbeitseinheit eine zentrale Stellung. Zugleich bildeten diese Einheiten den wichtigsten Eckpfeiler der sozialen Reorganisation. Die über Zeitung, Radio, Fernsehen und Dokumente proklamierten ideologischen Leitlinien der KPCh wurden auf der untersten Ebene durch die *danwei* – angeleitet von deren Propaganda-Abteilung und unter Einbeziehung der Abteilungen der Massenorganisationen – mittels Lautsprecherdurchsagen, Massenversammlungen und Tafelbildern transportiert (Shaw 1996: 43-49).

Kampagnen und politische Bewegungen

In unserem Teilprojekt wollen wir uns mit den Kampagnen und politischen Bewegungen (*yundong*) als spezifische Mobilisierungstechnik befassen, insbesondere mit jenen gegen sogenannte „soziale Übel“. Offiziell dienten die Kampagnen der Bekämpfung von Prostitution als einer Art der *social ills* ebenso wie der Bekämpfung von Drogen und Glücksspiel. Dabei war das Abhalten von Massenversammlungen zentral. Angesichts der skizzierten personellen Ressourcenknappheit auf Seiten der neuen Herrscher war die Kampagne zu Beginn der Volksrepublik ein höchst effektives Mittel, um als notwendig erachtete Veränderungen auch an der Basis durchzusetzen, ohne auf die schwachen und unzuverlässigen bürokratischen Kanäle angewiesen zu sein. In diesem Sinne sind Kampagnen nicht nur als Form von Propaganda, sondern auch als Form der Mobilisierung der Bevölkerung, der Gewinnung von Legitimität für das neue

Regime und als Form des *state-building* oder zumindest der Herrschaftskonsolidierung zu sehen – und womöglich erst an letzter Stelle als Mittel zur Durchsetzung des jeweiligen konkreten politischen Ziels, das der Kampagne den Namen gab.

Wir werden das Vorgehen der KPCh an unterschiedlichen Orten und hinsichtlich unterschiedlicher „sozialer Übel“ vergleichend untersuchen. Durch die Auswertung insbesondere der Bestände der Stadtarchive in Tianjin und Qingdao, aber auch der China-Sammlungen der Hoover Institution (Stanford) – alle drei Archive kennen wir aus der ersten Förderperiode des Projekts mittlerweile gut – werden wir, begrenzt auf die mikrohistorische Untersuchung einzelner Kampagnen auf der Ebene der Stadtverwaltung und wenn möglich auch auf der Ebene einzelner *danwei* und Einwohnerkomitees, sehr viel systematischer die lokale Flexibilität des institutionellen Designs von Governance bestimmen und anschließend analysieren können, ob diese positiv auf die Effektivität der Maßnahmen wirkte und die Legitimität der KPCh erhöhte.

Soziale Reorganisation: Arbeitseinheiten und Einwohnerkomitees

Das Regieren von Städten stellte die KPCh nach 1949 vor ganz neue Herausforderungen. Wie würden sich Techniken der Legitimitätsgenerierung und des effektiven Regierens aus den kleinen *face-to-face* Gesellschaften im ländlichen Hinterland (einzig hier hatten sich die wechselnden Herrschaftsgebiete der KPCh seit den 1920er Jahren befunden) auf Millionen-Metropolen wie Shanghai, Beijing, Tianjin oder auch das etwas kleinere Qingdao übertragen lassen? Als eine zentrale Antwort auf diese Herausforderung führte die kommunistische Regierung in den frühen 1950er die *danwei* sowie die Einwohnerkomitees ein (vgl. 3.3.1). Unser Projekt wird insbesondere auf Grundlage der Bestände der Stadtarchive von Tianjin und Qingdao ausgewählte *danwei* sowie Einwohnerkomitees miteinander vergleichen, um in einem ersten Schritt den Grad der lokalen Varianz zwischen den Städten zu bestimmen. Das ist in der Forschung bislang nicht geschehen. Anschließend wollen wir die Wirkung dieser lokalen Anpassung auf die Effektivität der Governance der KPCh bestimmen (Rahmenantrag C.1.1). Gleichzeitig sind diese Fallstudien zentral für unsere zweite und dritte These, die die *danwei* als staatlich geschaffene *face-to-face* Gesellschaft betrachten und auf die Rolle des dort evozierten, personalisierten Vertrauens wie auch Misstrauens abheben. Damit knüpfen wir an die Thesen von Bray (2005) und Dutton (2005) an, die ebenfalls die soziale Kontrollfunktion der Arbeitseinheiten beschrieben haben.

4.2 Umsetzung

Vorneweg sei angemerkt, dass es uns als in der zweiten Förderperiode des SFB 700 nachbewilligtem Projekt mit einer verkürzten Laufzeit von knapp zwei Jahren sinnvoll erscheint, unsere Methodik wie auch unsere Fallauswahl in der kommenden Förderperiode besonders eng an unsere bisherige Arbeit anzuschließen. Auf diese Weise können wir nicht nur gewonnene Erkenntnisse optimal weiterentwickeln, sondern zugleich die gesammelten umfangreichen Quellenbestände weiter nutzen. Relevant ist aber auch, dass die landesweit ersten Einwohnerkomitees 1951 in Tianjin eingerichtet wurden.

Unsere Forschung in der vergangenen Förderperiode hat bestätigt, dass es tatsächlich eine Gleichzeitigkeit von nationaler Vereinheitlichung der Governance-Konstellationen in einigen Bereichen und großer Varianz in anderen Bereichen gab. Diese Varianz ergibt sich zum einen aus den unterschiedlichen kolonialen Vorgeschichten der beiden Städte, zum anderen jedoch auch aus den unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialstrukturen sowie unterschiedlichen Graden der Interventionsfähigkeit des Zentralstaates.

Methodisch bedient sich das Projekt vor allem diskursanalytischer, performanz-theoretischer und mikrohistorischer Werkzeuge sowie des Vergleichs. Als Fallstudien wählen wir in Tianjin und in Qingdao jeweils einzelne Propaganda-Inszenierungen (Theateraufführungen, Paraden, Umzüge), Kampagnen sowie Arbeitseinheiten und Einwohnerkomitees aus. Für deren Bearbeitung greifen wir einerseits auf die Diskursanalyse zurück, um Theatertexte, Transparente, Plakate, Handbücher und Berichterstattung auf, die, so unsere These, lokal-spezifischen Formen der symbolischen Macht der KPCh als „Macht zur Durchsetzung der Anerkennung von Macht“ (Bourdieu 1992: 135-154) hin zu analysieren. Andererseits bedienen wir uns Methoden der Performanz-Analyse, insbesondere hinsichtlich jener Rituale, die wie Kampagnen und Massenversammlungen den Übergang von der „alten“ zur „neuen“, sozialistischen Gesellschaft markieren (Bachmann-Medick 2006: 112; Martschukat/Patzold 2003).

Zudem nutzen wir das bewährte Mittel der Mikrohistorie (Medick 1994) sowie den eng verwandten, speziell am Beispiel des maoistischen China und als Kombination nicht-totalitaristischer Theorien entwickelten Ansatz der *social intertexture* (Shue 1988: 25-29). Beide legen großen Wert auf die gleichzeitige oder zumindest abwechselnde Betrachtung lokaler Mikro- und nationaler oder globaler Makrogeschichte. Dieser bewusst häufige Wechsel der Perspektive ist für uns schon deshalb relevant, weil unser Projekt im zweiten Schritt die Fallstudien aus beiden Städten miteinander vergleicht, um die These von der Flexibilität des institutionellen Designs von Governance zu überprüfen.

Die einzelnen Fallstudien unseres Projekts sind auf der untersten Ebene der administrativen Hierarchie angesiedelt. Diese erscheint uns einerseits als die für die Validierung der These von der Flexibilität des institutionellen Designs am besten geeignete Untersuchungsebene, andererseits ermöglicht sie zugleich die Fortsetzung unserer Kooperation mit den anderen historischen Projekten innerhalb des SFB 700.

Die beiden Mitarbeiter/innen der Ergänzungsausstattung werden sich aus forschungspraktischen Gründen zunächst jeweils auf eine der beiden Städte konzentrieren und die entsprechenden Stadtarchive besuchen. Für die Dissertationen ist jedoch möglicherweise eher eine thematische Trennung (z. B. Kampagnen und Propaganda einerseits und soziale Reorganisation andererseits) sinnvoll, wobei die in den beiden Stadtarchiven erhobenen Quellen gemeinsam benutzt werden sollen.

Forschungsbibliographie

- Bachmann-Medick, Doris* 2006: *Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften*, Reinbek: Rowohlt.
- Bourdieu, Pierre* 1992: *Rede und Antwort*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Brady, Anne-Marie* 2008: *Marketing Dictatorship. Propaganda and Thought Work in Contemporary China*, Lanham: Rowman & Littlefield.
- Bray, David* 2005: *Social Space and Governance in Urban China. The Danwei System From Origins to Reform*, Stanford: Stanford University Press.
- Brown, Jeremy* 2012: *City Versus Countryside in Mao's China. Negotiating the Divide*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Cheng, Tiejun/Selden, Mark* 1997: The Construction of Spatial Hierarchies. Chinas Hukou and Danwei Systems, in: Cheek, Timothy/Saich, Tony (Hrsg.): *New Perspectives on State Socialism in China*, Armonk: Sharpe, 23-50.
- Chung, Jae H.* 2011: Central-Local Dynamics. Historical Continuities and Institutional Resilience, in: Perry, Elizabeth J./Heilmann, Sebastian (Hrsg.): *Mao's Invisible Hand. The Political Foundations of Adaptive Governance in China*, Cambridge: Harvard University Press, 297-320.
- Dikötter, Frank* 2010: *Mao's Great Famine. The History of China's Most Devastating Catastrophe, 1958-1962*, New York: Walker & Co.
- Dutton, Michael R.* 2005: *Policing Chinese Politics. A History*, Durham: Duke University Press.
- Frazier, Mark W.* 2002: *The Making of the Chinese Industrial Workplace: State, Revolution, and Labor Management*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Geyer, Michael/Fitzpatrick, Sheila* 2009: Introduction. After Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared, in: Geyer, Michael/Fitzpatrick, Sheila (Hrsg.): *Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared*, Cambridge: Cambridge University Press, 1-37.
- Glosser, Susan L.* 2003: *Chinese Visions of Family and State, 1915-1953*, Berkeley: University of California Press.
- Guo, Sujian* 2012: *Chinese Politics and Government. Power, Ideology and Organization*, London: Routledge.
- Heberer, Thomas/Schubert, Gunter* 2008: *Politische Partizipation und Regimelegitimität in der VR China*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hershatter, Gail* 2011: *The Gender of Memory. Rural Women and China's Collective Past*, Berkeley: University of California Press.
- Hung, Chang-tai* 2010: The Anti-Unity Sect Campaign and Mass Mobilization in the Early People's Republic of China, in: *The China Quarterly* 202, 400-420.
- Lee, Hong Yung* 1991: *From Revolutionary Cadres to Party Technocrats in Socialist China*, Berkeley: University of California Press.
- Li, Lizhi* 2002: *Bianqian Yu Chongjian. 1949-1956 Nian de Zhongguo Shehui (Wandel und Wiederaufbau. Die chinesische Gesellschaft, 1949-1956)*, Nanchang: Jiangxi Renmin.
- Lieberthal, Kenneth* 1995: *Governing China. From Revolution Through Reform*, New York: W.W. Norton.
- Lü, Xiaobo/Perry, Elizabeth J.* (Hrsg.) 1997: *Danwei. The Changing Chinese Workplace in Historical and Comparative Perspective*, Armonk: M. E. Sharpe.
- Ma, Weigang* 1993: *Jinchang Jindu. Jianguo Chuqide Lishi Huigu (Abschaffung von Prostitution und Drogen. Ein Rückblick auf die Zeit der Gründung der Volksrepublik China)*, Beijing: Jingguan Jiaoyu Chubanshe.
- Manning, Kimberley E./Wemheuer, Felix* (Hrsg.) 2011: *Eating Bitterness. New Perspectives on China's Great Leap Forward and Famine*, Vancouver: University of British Columbia Press.
- Martschukat, Jürgen/Patzold, Steffen* (Hrsg.) 2003: *Geschichtswissenschaft und „Performative Turn“. Ritual, Inszenierung und Performanz vom Mittelalter bis zur Neuzeit*, Köln: Böhlau.
- Medick, Hans* 1994: *Mikro-Historie. Neue Pfade in die Sozialgeschichte*, Frankfurt/Main: Fischer.
- Mitchell, Timothy* 1999: Society, Economy, and the State Effect, in: Steinmetz, George (Hrsg.): *State/Culture: State-Formation After the Cultural Turn*, Ithaca: Cornell University Press, 76-97.
- Perry, Elizabeth J.* 1997: From Native-Place to Workplace. Labor Origins and Outcomes of China's Danwei System, in: Lü, Xiaobo/Perry, Elizabeth J. (Hrsg.): *Danwei. The Changing Chinese Workplace in Historical and Comparative Perspective*, Armonk: M.E. Sharpe, 42-59.
- Schurmann, Franz* 1966: *Ideology and Organization in Communist China*, Berkeley: University of California Press.
- Shambaugh, David* 2000: Introduction. The Evolving and Eclectic Modern Chinese State, in: Shambaugh, David (Hrsg.): *The Modern Chinese State*, Cambridge: Cambridge University Press, 1-14.
- Shambaugh, David* 1997: Building the Party-State in China, 1949-1965. Bringing the Soldier Back In, in: Cheek, Timothy/Saich, Tony (Hrsg.): *New Perspectives on State Socialism in China*, Armonk: M.E. Sharpe, 125-150.
- Shaw, Victor N.* 1996: *Social Control in China. A Study of Chinese Work Units*, Westport: Praeger.
- Shue, Vivienne* 1988: *The Reach of the State. Sketches of the Chinese Body Politic*, Stanford: Stanford University Press.

- Strauss, Julia C.* 2007: In Search of PRC History, in: Strauss, Julia C. (Hrsg.): *The History of the PRC (1949-1976)*, Cambridge: Cambridge University Press, 1-15.
- Strauss, Julia C.* 2002: Paternalist Terror. The Campaign to Suppress Counterrevolutionaries and Regime Consolidation in the People's Republic of China, 1950-1953, in: *Comparative Studies in Society and History* 44: 1, 80-105.
- Thaxton, Ralph* 2008: *Catastrophe and Contention in Rural China. Mao's Great Leap Forward Famine and the Origins of Righteous Resistance in Da Fo Village*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Vogel, Ezra* 1971: Preserving Order in the Cities, in: Lewis, John W. (Hrsg.): *The City in Communist China*, Stanford: Stanford University Press, 75-93.
- Wang, Cheng-Chih* 2002: *Words Kill. Calling for the Destruction of „Class Enemies“ in China, 1949-1953*, New York: Routledge.
- Whyte, Martin K.* 1974: *Small Groups and Political Rituals in China*, Berkeley: University of California Press.
- Whyte, Martin K./Parish, William L.* 1984: *Urban Life in Contemporary China*, Chicago: University of Chicago Press.
- Wong, Roy B.* 2000: Opium and Modern Chinese State-Making, in: Brook, Timothy/Wakabayashi, Bob T. (Hrsg.): *Opium Regimes. China, Britain, and Japan, 1839-1952*, Berkeley: University of California Press, 189-211.
- Yang, Jisheng* 2008: Mu Bei. Zhongguo Liu Shi Nian Dai Da Ji Huang Ji Shi (Grabstein - ein Bericht über die große Hungersnot in China in den 1960er Jahren), Hongkong: Tian Di Tu Shu You Xian Gong Si.
- Yu, Haiyang* 2010: Xin Zhongguo chengli chuqi changjiye gaizao shuping (Reform der Prostitution in der frühen VR China), in: *Zhongguo Renmin Gong'an Daxue Xuebao (Journal of Chinese People's Public Security University)* 4, 117-121.
- Zheng, Yongnian* 2010: *The Chinese Communist Party as Organizational Emperor. Culture, Reproduction and Transformation*, London: Routledge.
- Zheng, Shiping* 1997: *Party vs. State in Post-1949 China. The Institutional Dilemma*, Cambridge: Cambridge University Press.

Projektrelevante eigene Publikationen

- Mühlhahn, Klaus* 2013a: Enlightened Colonialism. Germany's Model Colony in China, in: Eley, Geoff (Hrsg.): *German Cultures of Colonialism*, Durham: Duke University Press, i. E.
- Mühlhahn, Klaus* 2013b: Mapping Colonial Space. The Planning and Building of Qingdao by German Colonial Authorities, 1897-1914, in: Victoir, Laura/Zatsepine, Victor (Hrsg.): *Harbin to Hanoi the Colonial Built Environment in Asia, 1840 to 1940*, Hong Kong: Hong Kong University Press, 103-150.
- Mühlhahn, Klaus* 2012: Negotiating the Nation. German Colonialism and Chinese Nationalism in Qingdao, 1897-1914, in: Goodman, Bryna/Goodman, David S.G. (Hrsg.): *Twentieth Century Colonialism and China. Localities, the Everyday and the World*, London: Routledge, 37-56.
- Mühlhahn, Klaus* 2011a: Hunger und Staatliche Gewalt in der Volksrepublik China während der fünfziger und sechziger Jahre, in: Middell, Matthias/Wemheuer, Felix (Hrsg.): *Hunger, Ernährung und Rationierungssysteme unter dem Staatssozialismus (1917-2006)*, Frankfurt/Main: Peter Lang, 299-323.
- Mühlhahn, Klaus* 2011b: „Turning Rubbish into Something Useful“. Crime and Punishment in Mao's China, in: Kirby, William C. (Hrsg.): *People's Republic of China at 60. An International Assessment*, Cambridge: Harvard University Asia Center.
- Mühlhahn, Klaus* 2010: Friendly Pressure. Law and the Individual in Modern China, in: Halskov Hansen, Mette/Svarverud, Rune (Hrsg.): *iChina. The Rise of the Individual in Modern Chinese Society*, Kopenhagen: Nordic Institute of Asian Studies, 227-250.